
Presseinformation Nr. 447

2. Mai 2007

OTTO/WAITZ:

Wettbewerb in den Neuen Medien darf nicht durch Gebühren verzerrt werden

BERLIN. Anlässlich der mündlichen Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts über die Höhe der Rundfunkgebühren erklären die Medienexperten der FDP-Bundestagsfraktion Hans-Joachim OTTO und Christoph WAITZ:

Die Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts offenbart eine Schwäche im Finanzierungssystem des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Unter dem Stichwort „Staatsferne des Rundfunks“ wird heute darüber gesprochen, wie groß der Einfluss der Bundesländer in Sachen Rundfunkgebührenfestsetzung künftig sein darf. Das Bundesverfassungsgericht wird aber über diese Rechtsfrage hinaus klären müssen, wie der Grundversorgungsauftrag des Rundfunks künftig ausgestaltet wird. Gerade diese Diskussion ist aus unserer Sicht überfällig. Mehr als sieben Milliarden Euro erhalten ARD und ZDF jedes Jahr von den Gebührenzahlern, um die Bevölkerung mit Rundfunkangeboten zu versorgen. Wie jüngst gegenüber der EU-Kommission zugesagt, muss jetzt definiert werden, welche Aufgaben ARD und ZDF in Deutschland mit diesem Geld wahrnehmen müssen und welche Aufgaben besser von privater Anbieterseite erfolgen sollen. Der verantwortliche Umgang mit den Geldern der Gebührenzahler macht die Rückbesinnung auf Selbstbeschränkung und Qualitätsprogramme im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nötig. Das Zusammenwachsen von Rundfunkangeboten und Inhalten von Printmedien im Internet macht deutlich, dass die Finanzierung solcher so genannter Online-Angebote durch die Rundfunkgebühren zu Wettbewerbsverzerrungen führen kann. Diese Form der Finanzierung bedeutet, dass zusätzliche Wettbewerber nur mit erheblich erhöhtem finanziellem Risiko ihre Angebote starten und unterhalten können. Das Verfassungsgericht muss dieser wettbewerbsrechtlichen Komponente der Rundfunkgebühr Rechnung tragen.

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de